

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erhalten Sie mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Desprezieren Sie bei Bestellung monatlich 4 Mk., durch unsere Redaktionen gegebenenfalls in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen monatlich 5.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postkonten und Poststellen sind unter Wilsdruff und Wilsdruff zu nehmen. In jeder Nummer werden, wenn möglich, die wichtigsten Nachrichten über die Ereignisse der Welt mitgeteilt. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten über keine Verantwortung zu übernehmen. Jeder Nachdruck ist ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion verboten.



Interessieren Sie sich für die neuesten Nachrichten über Ihren Raum, Leipzig. Preis: 4 Pf. Anzeigen 1.50 Mk. Die Anzeigen sind zu begeben, wenn sie nicht innerhalb der ersten 14 Tage nach dem Erscheinen des Blattes abgelesen werden. Die Anzeigen sind zu begeben, wenn sie nicht innerhalb der ersten 14 Tage nach dem Erscheinen des Blattes abgelesen werden.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 63.

Mittwoch den 16. März 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Die diesjährigen Stutenmusterungen und Fohlenschauungen

finden für die nachgenannten Zuchtgebiete wie folgt statt: am 30. März vorm. 9 Uhr in Großenhain, am 31. März vorm. 9 Uhr in Riesa, am 8. April vorm. 8 Uhr in Ostrau am 9. April vorm. 9 Uhr in Mohlis, am 11. April vorm. 8 Uhr in Moritzburg, am 19. April vorm. 8.30 Uhr in Riesa, am 20. April vorm. 9 Uhr in Zella.

Nach den Stutenmusterungen und Fohlenschauungen werden Preise verteilt, und zwar: Fohlenpreise für ein- und zweijährige Fohlen in Riesa, Moritzburg, Angelburg für drei- und vierjährige selbstgezeugene Stuten in Zella, Großenhain, Mohlis, Ostrau und Riesa.

Die Preisbehörden haben die Pferdebesitzer in ortsüblicher Weise rechtzeitig hiervon in Kenntnis zu setzen.

Weiter wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß für alle im Zuchtregister eingetragene Stuten ein um 70 Mk. niedrigeres Deckgeld zu zahlen ist. Derjenige Züchter also, deren Stuten nicht im Zuchtregister aufgenommen sind, die sich aber fernerhin das bisherige niedrigere Deckgeld sichern wollen, müssen ihre Stuten bei der nächsten Stutenmusterung zur Enttragung ins Zuchtregister vorstellen und ihre Nachkommen zur Fohlenschau bringen.

Eine Anmeldung der Fohlen und Stuten zur Schau hat nur stattzufinden, wenn für die in Frage kommenden Tiere Prämierungen angefragt sind und sie hierbei in Wettbewerb treten sollen. In diesem Falle muß die Anmeldung auf einem bei jeder Bezirksstation zu entnehmenden Formulare bis zum 15. März d. J. an diejenige Bezirksstation erfolgen, der die Tiere zur Prämierung vorgeführt werden sollen. Spätere Anmeldungen können nur in besonders begründeten Fällen noch berücksichtigt werden.

Meißen, am 10. März 1921. 376 V. Die Amtshauptmannschaft.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die Reichsregierung hat bei dem Sekretariat des Völkerbundes energischen Einspruch gegen die „Sanktionen“ erhoben, die als völlig rechtswidrig erachtet werden müssen.

Im Hauptauschuß des Reichstages erklärte Reichsminister Hersemann, daß im laufenden Wirtschaftsjahre eine Erhöhung des Brotpreises nicht beabsichtigt sei.

Der Reichskommisariat für die Entwaffnung der Abwehrkräfte hat für die Ermittlung der bei dem Vorkriegsstand auf die Stenografie in Berlin Beteiligten eine Belohnung von 25 000 Mark ausgesetzt.

Zur Bildung der neuen preussischen Regierung fordert das Zentrum die Hinzuziehung der deutschen Volkspartei.

In Frankreich wurde die Einberufung des Jahrganges 1921 zum Heeresdienst vom Senat bewilligt.

Nach einer Meldung aus Aushland ist der bekannte Revolutionär Dutschke mit seinen Truppen zu den Gegenrevolutionären übergegangen.

Protest beim Völkerbund.

Heißt es nicht den Teufel bei seiner Großmutter verfluchen, wenn die deutsche Regierung beim Völkerbund Einspruch erhebt gegen die rechtswidrigen „Sanktionen“, die in London über sie verhängt worden sind? Aber sie hat es getan, wohl schwerlich in der Hoffnung, damit irgend einen Erfolg zu erzielen, sondern nur in dem Verlangen, den Vertragsbruch der Entente auch vor dem einzigen nicht deutschen Forum, an das sie sich wenden kann, als die Gewalttat zu brandmarken, die er ist. Wir wissen noch sehr gut, wie bei der Logung des Völkerbundes in Genf die hohen Herren aus London und Paris die Sanktionen rutzulassen, als bald von dieser, bald von jener Seite auch nur der leiseste Versuch gemacht wurde, die ungewöhnliche Einseitigkeit zu mildern, die den jetzigen Völkerbund zu einem ausschließlichen Machwerk der Sieger im Weltkrieg stempelt. Man hat lieber einen Staat wie Argentinien aus dieser Gemeinschaft ausschließen lassen, als man auch nur in unscheinbaren Formen und Vorfragen die geringste Gleichheit zu Konzessionen erkennen ließ. Wir wissen ebenso gut, warum die Vereinigten Staaten von Amerika sich bisher für die Ehre bedankt haben, in den Völkerbund aufgenommen zu werden; auch sie wollen nichts davon wissen, vor den Triumphwagen der europäischen Großmächte gekannt zu werden, einmal, weil sie fürchten, dabei mit ihren eigenen amerikanischen Interessen zu kurz zu kommen und dann, weil nach ihrer Überzeugung aus diesem Völkerbund für die europäischen Völker alles andere als nur ein Segen erwachsen kann. Was wir durch von dem neuesten Protest der Reichsregierung zu erwarten haben, das steht von vornherein vollkommen fest: Er wird keine Antwort gewährt werden, sondern in den großen Papierkorb fliegen, in dem schon unzählige Vorgänger von ihm ihr Grab gefunden haben.

Es ist wieder nur eine Geste der Schwäche, der Hoffnungslosigkeit. Und wenn Reichsaussenminister Dr. Simons sich mit ihr nicht begnügt, sondern daneben auch die vielgeplagte Sachverständigenkonferenz zu neuen Beratungen auf das Ende dieser Woche zusammenberuft, so liegt diesem Schritt wohl auch nur die Absicht zugrunde, zu zeigen, daß er nicht aufreißt habe, darüber nachzudenken, ob und wie man aus der augenblicklichen verfahrenen Lage herauskommen könne. Wenn schon die Regierungsparteien an dem Londoner Austreten des Ministers vielerlei auszuweisen hatten, so waren die Sachverständigen mit der Art, wie er dort die deutschen Interessen vertreten zu müssen glaubte, ganz und gar nicht einverstanden, und Herr Simons wird sich wohl darauf gefaßt zu machen haben, daß ihre Bereitwilligkeit, ihm in seinen übertriebenen Verlegenheiten mit Rat und Tat fernherhin noch beizustehen, nach den traurigen Erfahrungen der Londoner Konferenz eher geringer als größer geworden ist. Sie sehen auch schon, daß man im feindlichen Ausland ein Beharren der deutschen Regierung bei ihrer bisherigen ablehnenden Haltung nicht als wahrscheinlich annehmen kann. Wir können noch so sehr darauf hinweisen, daß die Gewaltmaßnahmen der Entente von ihren eigenen Parteigängern sehr scharf kritisiert werden, daß sich im Grunde alle die wirtschaftlichen Überlegungen, mit denen die deut-

lichen Sachverständigen die Vergewaltigung unserer Wirtschaft durch die „Sanktionen“ als unmöglich, ja als verbrecherisch zurückweisen, mit dem Bedenken und Argumenten vollkommen beden, die in England und in Belgien nicht und mehr sogar auch in Frankreich, gegen die Forderungen von London ins Feld geführt werden: unsere Sachverständigen werden sich trotz allem der Befürchtung nicht entziehen können, daß wir auch diesmal wieder mit der Gefahr eines Umsalls zu rechnen haben.

Die Unbeständigkeit unserer inneren Verhältnisse hat es leider Gottes bisher schon zu oft verhindert, daß ein fester Kurs getreten wurde, und je notwendiger er war, desto festiger wurde auf Regierung und Reichstag eingewirkt, immer aus der Befürchtung heraus, es könnte uns noch schlimmer ergehen, wenn wir fest blieben, als wenn wir nachgaben. In Wirklichkeit eine Spekulation, die von ganz falschen Voraussetzungen ausgeht. Schon oft betonen wir in kritischen Tagen von neutralen Ausländern zu hören, daß keine Macht der Erde uns zu helfen vermöge, wenn wir selbst den tragesten Ungerechtigkeiten gegenüber nicht ein einziges Mal ein solches und hartes „Nein“ zu sprechen wagen. Und wenn auch kein Wort darüber zu verlieren ist, daß wir Hilfe von außen nur in sehr begrenztem Umfang zu erwarten haben, so ist doch der moralische Gewinn, den eine würdevolle Haltung uns einbringen kann, nicht zu unterschätzen. Das zeigt sich z. B. jetzt schon in der gehobenen Stimmung mit der die im Reich wohnenden Oberbürger sich in diesen entscheidungsvollen Tagen zu den Abstimmungsstätten drängen. Hätten wir in London nachgegeben, vielen dieser heimatischen Volksgenossen wäre die Lust zur Fahrt nach Oberösterreich sicherlich vergangen. Ähnliche Wirkungen dürfen wir auch außerhalb der Reichsgrenzen erwarten. Die Haltung vor dem deutschen Volk wird sicher steigen und so wenigstens der Anfang eines gemeinschaftlichen Verantwortungsbewußtseins für das Schicksal Europas wieder hergestellt werden. Auch diese geringe Aussicht setzen wir aufs Spiel, wenn wir den andauernden Drohungen oder Einschüchterungen unserer Feinde Gehör schenken. Das dürfen wir nicht, weder heute noch morgen. Sonst hätten wir uns den Protest beim Völkerbund sparen können.

Innere Zolllinie am Rhein.

Neue Beratungen?

Wie aus Koblenz gemeldet wird, hat die Interalliierte Kommission in den Rheinlanden die Anweisung zur Erziehung einer Zolllinie am Rhein erhalten. An dieser Stelle soll nur der Warenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet des Deutschen Reiches kontrolliert werden, nicht aber der Auslandsverkehr, der an der deutsch-französischen und deutsch-belgischen Grenze kontrolliert wird. Für die innere Zolllinie am Rhein soll ein besonderer Tarif ausgearbeitet werden. Nur lebenswichtige und allgemein gebrauchte Gegenstände, an denen das Innere Rheinfahrer Mangel leiden würde, sollen zollfrei sein.

Vorläufig keine neuen Vorschläge.

Dem Vernehmen nach ist die Sachverständigenkonferenz, die an der Arbeit für die Londoner Konferenz mitgewirkt hatte, erneut amtlich zu einer Sitzung in Berlin am Freitag, den 18. März, einberufen worden. Die Sachverständigen haben das Interesse und das Bedürfnis, sich über die Erklärungen der Regierung im Reichstage auszusprechen und es liegt nahe, anzunehmen, daß dabei auch die künftige Beteiligung von Sachverständigen an der Ausarbeitung etwaiger neuer Vorschläge an die Entente erörtert werden wird. Mit allem Nachdruck ist aber zu betonen, daß vorläufig, wie dies auch Minister Simons in seiner Rede ausgesprochen hat, von der Übermittlung solcher Vorschläge nicht die Rede ist.

Das englische Zwangsrecht.

Der dem Unterhause vorliegende Gesetzentwurf über die Einziehung der Beträge von Deutschland befaßt in seinen Hauptpunkten: Die Kaufleute, welche deutsche Waren in England einführen, werden verpflichtet sein, an die Hauptverwaltung der Zölle und Steuern einen gewissen Teil des Wertes dieser Waren abzuführen, der nicht über 50 Prozent hinausgehen soll und dessen Höhe von Zeit zu Zeit durch das Schatzamt bestimmt werden wird. Die Beamten der Zollverwaltung

werden alle so erhobenen Summen auf eigene Kosten zu diesem Zweck eröffneten Kontos verbuchen, und diese Beträge werden zur Abdeckung der von Deutschland durch den Verfall der Vertrag übernommenen Verpflichtungen verwendet werden. Diese Bestimmungen werden nicht auf deutsche Waren zur Anwendung gelangen, die nur zur Wiederausfuhr nach Deutschland eingeführt worden waren und die nur im Durchgangsverkehr über zum Umfaden nach dem Vereinigten Königreich kommen.

Ein ungeheurer Fehler.

In der Londoner Presse wird einhellig auf die große Mehrheit hingewiesen, mit der im deutschen Reichstage der Abbruch der Londoner Verhandlungen gebilligt worden sei. „Daily News“ erklärt, daß Beunruhigende an der Rede Simons sei, daß er, offen heraus, genau dasselbe sagt, was zahlreiche und gerade die vernünftigsten Kritiker unter den Alliierten entweder im privaten Verkehr oder in der Öffentlichkeit erklären. Das Blatt verweist auf die bemerkenswerten Ausführungen des „treuesten aller Anhänger des Premierministers in der Presse“, Harvin, der im „Observer“ einen „Das Chaos und die Entscheidung“ überschriebenen Artikel veröffentlicht.

Harvin sagt im „Observer“ über die Zwangsmassnahmen: „Nichts, was dieses Gesetz in die Hände unserer Regierung einbringen kann, kann uns für den Schaden, den unser Handel dadurch erleiden wird, entschädigen. Die Schwierigkeiten auf dem Wege zu einem Abkommen sind durch diesen Fehler ungeheurer gewachsen. Die Regierung der deutschen Republik sucht den Ausfuhrhandel zu fördern. Der Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zeigt schon ein bemerkenswertes Anwachsen. Für Deutschland und die zentralen Länder wird es von größtem Interesse sein, Handel und Schifffahrt von England abzulassen. Ebenso wird es in Amerikas Interesse sein, diese Verbindungen zu unterstützen. Wir wollen uns darüber nicht täuschen, daß unsere wirtschaftliche Vorherrschaft jetzt nicht weniger, sondern mehr gefährdet ist als vor dem Kriege. Wenn wir die Neutralen mit unseren Untersuchungen über den wahren Ursprung der von ihnen angebotenen Waren reizen und beleidigen, wird das für unsern Handel leicht katastrophal werden können. Die früheren Sympathien für die Alliierten sind schon genügend abgekühlt.“

Italien macht nicht mit.

Das Blatt „Tempo“ schreibt, die militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen seien ein reiner Bluff, den Lloyd George, der Hauptverantwortliche, nicht einmal vor seinen eigenen Augen rechtfertigen könne. Lloyd George meine, Deutschland müsse zahlen, sage aber nicht, wie und wie weit die beschlossenen Zwangsmassnahmen das Ziel erreichen können. Die angebliche Abgabe von 50 Prozent werde nur die Einschränkung des Handels mit Deutschland für diejenigen Länder zur Folge haben, welche sie einführen werden, unter diesen werde sich aber Italien nicht befinden. „Corriere della Sera“ ist ebenfalls der Meinung, die getroffenen Maßnahmen würden nicht die Macht haben, Deutschland von seinen Beschlüssen abzubringen. Es ist daher unbedingt notwendig, sowohl für die Entente als auch für Deutschland, daß eine Verständigungsbasis zu finden.

Wachsender Aufstand in Rußland.

Budjenni gegen die Sowjets.

Die Rätebehörden sind aus Niwa, Tambow und Orel vertrieben worden, und in Jarzyn sollen 120 Kommissare massakriert worden sein. Andererseits ist es fraglich, ob Kronstadt sich noch wird behaupten können. Wie gemeldet wird, verfügt die Festung noch über Lebensmittel für 10 Tage. Die Sowjetpresse behauptet, daß es in Kronstadt zu Zusammenstößen zwischen Offizieren und Matrosen gekommen sei.

Aber Neval ist ein Telegramm gekommen, wonach das 12 000 Mann starke Jägerkorps Budjennis, das von den Bolschewiken den Befehl erhielt, aus Südrussland nach Kasan zu marschieren, um gegebenenfalls gegen Kronstadt verwendet zu werden, bei Orel zu den Revolutionären übergegangen ist. Orel befindet sich nach sicherer Quelle in den Händen der Revolutionäre.

Das Zentralkomitee der russischen Kadettenpartei, das in Paris seinen Sitz hat, erklärt einen Aufruf zur Unterstützung der Revolutionäre. Darin wird gesagt, die Stunde der Befreiung sei nahe. Der Aufruf lehrt bei allen denen wieder, die mit schmerzlicher Bedrängnis bis jetzt die Schwäche der Geurrevolution beobachtet hätten.